

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshof, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Voß & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 239

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Montag, den 12. Oktober

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“ —

1931

Hitler bei Hindenburg

Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten.

Aussprache über die politische Lage.

Die Nachricht, daß Reichspräsident von Hindenburg den Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, empfangen würde, hat sich bestätigt. Der Empfang hat am Sonntagabend stattgefunden und hat ungefähr 1½ Stunden gedauert. Über den Empfang wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Der Reichspräsident empfing die Herren Hitler und Hauptmann a. D. Göring und nahm von ihnen einen ausführlichen Bericht über die nationalsozialistische Bewegung entgegen. Hieran schloß sich eine Aussprache über außen- und innenpolitische Fragen.

Zum Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten hatten sich viele Zuschauer eingefunden. Die nur verhältnismäßig schwach vertretene Polizei hatte die Menschen auf den dem Reichspräsidentenpalais gegenüberliegenden Bürgersteig, der mit Stricken gegen die Fahrbahn abgesperrt war, gedrängt. Der Verkehr war in vollem Umfange aufrecht erhalten worden; die gespannt wartenden Zuschauer verhielten sich vollkommen ruhig. Eine kleine Unruhe entstand erst, als auf Grund einer Anweisung des preussischen Innenministers den Pressephotographen unter Androhung der Beschlagnahme ihrer Apparate das Photographieren untersagt wurde. Als Adolf Hitler in Begleitung des Reichstagsabgeordneten Göring nach eineinviertelstündiger Besprechung beim Reichspräsidenten wieder erschien, wurde er von seinen Anhängern begeistert begrüßt. Die Menge zerstreute sich, ohne daß sich Zwischenfälle ereigneten.

Zu dem Photographierverbot wird noch von nationalsozialistischer Seite bekannt: Auf Befehl des preussischen Innenministers wurde das Photographieren und Filmen vor dem Reichspräsidentenpalais bei der Anfahrt und Abfahrt Adolf Hitlers von der Polizei verboten und dagegen eingeschritten. Das Reichsinnenministerium mißbilligt diesen rechtlichen Übergriff der preussischen Polizei und wird veranlassen, daß Apparate, falls sie beschlagnahmt worden sind, sofort den Eigentümern zurückgegeben werden. Jedenfalls steht fest, daß der angeblich der preussischen Polizei erteilte Befehl, nur die Tonfilmwagen an ihrer Tätigkeit zu verhindern, auf alle Photographen ausgebeht worden ist.

Die erste Kabinettsitzung.

Die Reichsregierung hat nach ihrer Ernennung durch den Reichspräsidenten sofort ihre Arbeit aufgenommen. Über die erste Kabinettsitzung, an der übrigens Reichspostminister Schäkel nicht teilgenommen hat, wird amtlicherseits folgende Mitteilung ausgegeben:

Das vom Reichspräsidenten ernannte Reichskabinettrat unter Vorsitz des Reichskanzlers Brüning zu seiner ersten Sitzung zusammen. Im Anschluß an eine allgemeine politische Aussprache setzte das Kabinettrat sofort die bereits vom vorigen Kabinettrat in Angriff genommene Arbeit an einem Wirtschaftsprogramm fort. Insbesondere wurde die Schaffung des Wirtschaftsbeirats erörtert, der mit bestimmtem Programm in kürzester Frist eingesetzt werden soll, um in grundlegenden Fragen deutscher Wirtschaftspolitik der Reichsregierung alsbald Vorschläge zu unterbreiten.

Der neuernannte Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold ist aus dem Vorstand der V. G. Farbenindustrie A.-G. ausgetreten. Wie in politischen Kreisen verlautet, dürfte mit der Ernennung Trevisanuss zum Reichsverkehrsminister entgegen den ursprünglichen Absichten dieser nun nicht mehr für den Posten des Reichsfinanzkommissars in Frage kommen. In unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß die Aufgaben des Reichskommissars für die Osthilfe und des Reichsfinanzkommissars in eine Hand gelegt werden dürften.

Der Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund hat sich in einer Entschließung scharf gegen die Regierung Brüning ausgesprochen und erwartet von der Landvolksfraktion im Reichstage, daß diese sich ebenfalls gegen die Regierung wenden wird.

Die neuen Minister vereidigt.

Der Reichspräsident hat am Sonntagabend nachmittags die Vereidigung der neuernannten Mitglieder der Reichsregierung, der Minister Zoel und Warmbold, vorgenommen.

Gute Presse in Paris.

Die neue Regierung Brüning findet in Paris allgemein eine gute Presse. Als die charakteristischsten Merkmale hebt man die Vereinigung des Außenministeriums mit der Reichskanzlei und vor allem diejenige des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Innenministerium hervor. Man sieht hierin allgemein den Willen des Kanzlers, einerseits die soeben eingeleitete Politik der internationalen Verständigung weiterzuführen und gleichzeitig durch die Ernennung Grönners zum Innenminister den Kreisen der äußersten Rechten und Linken zu versetzen zu geben, daß jeder Versuch eines Staatsstreiches mit aller Schärfe im Keime erstickt werde.

Auch in der Londoner Presse wird das neue Kabinet im allgemeinen günstig aufgenommen.



Hitler verläßt das Hotel Kaiserhof, um sich zum Reichspräsidenten von Hindenburg zu begeben.

Zurückhaltende Kritik.

Das neue Kabinettrat Brüning findet in der Berliner Presse eine ziemlich zurückhaltende Kritik. Der sozialdemokratische Vorwärts schreibt: „Dem zweiten Kabinettrat Brüning kann man, ja muß man skeptisch und kritisch gegenüberstehen. Aber es ist ein offener Unfuss, wenn man sagt, es sei dasselbe wie eine Regierung Hitler-Hugenberg. Das zweite Kabinettrat Brüning, das in vieler Beziehung die Zeichen der Unentschiedenheit trägt, ist damit selber ein Zeichen dafür, daß die letzte Entscheidung in dem großen Machtkampf noch aussteht.“

Im demokratischen Berliner Tageblatt ist zu lesen: „In der Tat ist die neue Regierung an politischem Gewicht und an Autorität dem bisherigen Kabinettrat kaum überlegen, im Gegenteil, vieles spricht dafür, daß ihr die erzwungene Demission und die ostentative Zurückhaltung von Persönlichkeiten mit Rang und Namen geschadet hat. Infolgedessen sind die parlamentarischen Aussichten des zweiten Kabinettrats Brüning heute, nach der wiederholten Absage der Volkspartei, äußerst unsicher.“

Die staatsparteiliche Vossische Zeitung meint: „Es ist kein Kompliment für die Regierung des Kanzlers, wenn man feststellt, daß seine neue Kabinettsliste mit einer Ausnahme durchweg alte vertraute Namen aufweist. Aber andererseits drückt sich gerade darin, daß diese Namen wiederkehren, die Niederlage jener Parteien und Cliquen aus, die auf die völlige Beseitigung des Kabinettrats Brüning hingearbeitet haben. Es hat nicht nur keine Rechtschwenkung gegeben, sondern nicht einmal eine Halbrechtsdrehung.“

Das dem Reichskanzler Dr. Brüning nahestehende Zentrumorgan Germania zieht aus der Zusammenfassung des neuen Kabinettrats folgendes Ergebnis: „Die Männer, die dem Kabinettrat angehören, sind nicht von Parteien delegiert; zu einer überparteilichen Gemeinschaft verbunden, haben sie nur die Bindung an eine große Sache: an die Aufgabe nämlich, das Deutschlands größter Notzeit einen Weg zu bahnen, auf dem Land und Volk gesichert werden können. Indem sie dieses Werk zu beginnen, wissen sie, — das muß mit allem Nachdruck gesagt werden — daß das Vertrauen des Reichspräsidenten unerschütterlich hinter ihnen steht.“

Die dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei nahestehende Deutsche Allgemeine Zeitung betont, daß das neue Kabinettrat Brüning eine schwere Enttäuschung darstelle. Der Reichspräsident aber dürfe auf die Dauer die außerordentliche Belastung mit einem unorganischen und in vielen Punkten seinem innersten Gefühl gewiß auf das tiefste widerstrebenden Notverordnungsrecht bitter und unerträglich empfinden. Das Blatt fährt dann wörtlich fort: Was der Reichspräsident bei der Neubetragung des Reichskanzlers mit der Führung der

Regierung beabsichtigt haben muß, was die rechten Flügelparteien der Regierungsmehrheit forderten, und was, weit darüber hinaus, einem inneren Bedürfnis wachsender Millionenmassen entsprochen hätte, das ist nicht geschehen. Die neue Reichsregierung unterscheidet sich von der alten kaum.

Die Deutsche Tageszeitung, die die Interessen der Grünen Front vertritt, meint, daß die jetzt von dieser beinahe peinlichen Verlegenheitslösung überraschte Öffentlichkeit in immer breiteren Schichten als bisher feststellen wird, daß Herr Brüning nicht der Mann ist, in irgendeiner Weise ganze Arbeit zu tun. Man muß unter den Verhältnissen, die sich für dieses neue Kabinettrat bieten, fast bedauern, daß ein Mann von der Bedeutung und von den Fähigkeiten Professor Warmbolds als einziges neues Gesicht darin aufsteht. Die Gefahr, daß dieses Kabinettrat die Taktik des Schwanzens und Taftens vorwiegend mit Anschließung nach links fortsetzen wird, an der das alte gescheitert ist, liegt offen zutage.

Unter der Überschrift „Kollisions“ hebt der deutschnationale Berliner Lokalanzeiger hervor, daß Brüning die Rechtsstimmung seines Kabinettrats mißgünstig sei, was der Sinn der neuen Brüning-Aktion gewesen sei. Das Blatt meint im übrigen, daß Brüning den Reichstag passieren, dann aber wegen des Wirtschaftsprogramms mit der Sozialdemokratie in Konflikt kommen werde. Dann werde die Heranziehung der Rechten zur Regierung es schaffen.

Die DVP. gegen Brüning.

Die Deutsche Volkspartei faßt auf Grund sehr eingehender Beratungen, in denen das Bewußtsein von der Bedeutung und Tragweite der zu treffenden Entscheidung allseitig hervortrat, mit starker Mehrheit folgenden Beschluß:

„Parteivorstand und Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei billigen die Erklärungen, die der Parteiführer gegenüber dem Herrn Reichskanzler abgegeben hat.“

Diese Erklärungen gingen dahin, daß die Deutsche Volkspartei ein neues Reichskabinettrat auf der Grundlage der früheren Regierung nicht unterstützen könne.

v. Cynern aus der D. V. P. ausgetreten.

Der preussische Landtagsabgeordnete v. Cynern hat seinen Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt mit der Begründung, daß er den Weg der Annäherung an die Rechte nicht für gangbar halte. Er wird voraussichtlich bald sein Mandat und damit zugleich seinen Posten als Vizepräsident des Preussischen Landtages niederlegen.

Die Bayerische Volkspartei und Brüning.

Reichspostminister Dr. Schäkel, der sich bei seiner Ernennung die Übernahme des Ministeramtes vorbehalten hatte, hat sich nunmehr endgültig bereit erklärt, ins Kabinettrat einzutreten. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat beschlossen, Änderungsanträge von grundsätzlicher Bedeutung zu der Notverordnung zu stellen und von dem Schicksal dieser Anträge die endgültige Stellungnahme der Fraktion zu der Notverordnung abhängig zu machen.

Wirtschaftspartei für Rechtsregierung.

Über die Haltung der Wirtschaftspartei zur Frage der Bildung einer Rechtsregierung wird parteiamtlich mitgeteilt, daß schon seit der Zurückziehung des Justizministers Prof. Dr. Bredt die Umbildung des Kabinettrats Brüning nach rechts und die Loslösung von der Sozialdemokratie erzwungen werden sollte. Leider fand sich noch dem Auscheiden der Partei aus der Regierung immer eine parlamentarische Mehrheit, welche das Kabinettrat Brüning stützte. Die Wirtschaftspartei verlangt nach wie vor die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte in Deutschland zur Bildung einer Regierungsmehrheit.

Dingeldey in Breslau.

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, sprach am Sonntag in Breslau vor Vertrauensleuten der drei schlesischen Wahlkreise über die politische Lage. Er habe es aufs tiefste bedauert, so führte er u. a. aus, daß der Kanzler immer stärker unter sozialdemokratischen Einfluß geraten sei. Die Reichsregierung habe im wachsenden Maße darauf verzichtet, Probleme anzutasten, wenn irgendwelche politischen Risiken damit verbunden gewesen seien. Die Folgen seien ein Millionen-Arbeitslosenheer, verfallende Steuerquellen und als letztes Lied das unaufhörliche Anwachsen der öffentlichen Lasten.

Kurze politische Nachrichten.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den Bundespräsidenten der Republik Österreich, Wilhelm Miklas, aus Anlaß von dessen Wiederwahl nachfolgendes Telegramm gerichtet: „Mit großer Freude habe ich vernommen, daß Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, in Ihr hohes und in diesen Zeiten besonders verantwortungsvolles Amt wiedergewählt worden sind. Nehmen Sie hierzu, bitte, meine und des deutschen Volkes warmste Glückwünsche entgegen. Möge Ihre Amtsführung von Erfolg begleitet und Ihnen persönlich stetes Wohlergehen, dem uns so eng verbundenen Brudervolk aber eine gedeihliche, glückhafte Zukunft beschieden sein.“

Das Reichsfinanzministerium hat sich im Benehmen mit der Reichsbank bereit erklärt, den aus der beabsichtigten Ausprägung von Silbermünzen anfallenden Gewinn in Höhe von 150 Millionen Mark nach einem festgelegten Tilgungsplan zur Einlösung von Schatzanweisungen, die seinerzeit der Dresdner Bank übergeben wurden, zu verwenden.

Die evangelische Kirchenregierung in Karlsruhe erklärt zu dem Austritt des Pfarrers Edert zur Kommunistischen Partei, daß es mit dem Amt eines im aktiven Dienst der evangelischen Landeskirche stehenden Geistlichen nicht vereinbar sei, als agitatorisch tätiges Mitglied einer politischen Partei anzugehören, die derzeit jeglicher Religiosität den schärfsten Kampf angesagt habe. Der Evangelische Oberkirchenrat hat gegen Pfarrer Edert das dienstgerichtliche Verfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Kirchendienst eingereicht.

Die Pensionstürzung durch Notverordnung

Die „wohlverordneten Rechte“ der Beamten. Zu der vielerörterten Frage der Versetzungsmöglichkeit der Beamten in der Notverordnung vom 6. Oktober über die Kürzung der Pensionen wird von zuständiger Seite erklärt: Es ist zuzugeben, daß der Entwurf des Pensionstürzungsgesetzes, dessen Bestimmungen in die Notverordnung übernommen worden sind, seinerzeit als verfassungsändernd erklärt worden ist. Der Schlüsselpunkt ist der Artikel 129 der Reichsverfassung,

Als er wiederkam...

Formell also ist die Regierungskrise beendet durch die Ernennung der früheren und des einzigen neuen Ministers, durch die Genehmigung der Liste, die Dr. Brüning dem Reichspräsidenten vorgelegt hat. Aber — das wichtigere — steht ja noch aus: die Feuerprobe vor dem Reichstag oder, wenn man so will, die „offene Feldschlacht“. Eifrig ist heute der Reichstag politisch interessiert dabei, festzustellen, ob und welche Aussicht für das neue Kabinett Brüning besteht, an der Spitze des Misstrauensvotums im Parlament vorüberzulavieren; aber man kommt mit dieser Berechnung nicht zu Ende, weil allzu viele „unbestimmte Größen“ dabei sind. Man wird Genaues auch wieder erst — wie so manches Mal in der Geschichte des ersten Kabinetts Brüning — doch wohl dann erfahren, wenn der Reichstagspräsident Löbe sich erhebt und verkündet: „Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis...“

Einen Augenblick darf man sich heute bei der personellen Neugestaltung der Reichsregierung aufhalten; und dabei ist die Übernahme des Außenministeriums durch den Reichskanzler ein zwar erwähnenswertes, aber sicherlich nicht auffallendes Ereignis. Schon in den anderthalb Jahren, seitdem ihm ein Außenminister zur Seite stand, hat Dr. Brüning doch nicht bloß äußerlich die Leitung der deutschen Außenpolitik in seinen Händen gehabt, hat hier nicht bloß „die Richtlinien der Politik bestimmt“, wie es ihm die Reichsverfassung zum Recht und zur Pflicht macht. Unter seinen Amtsvorgängern sah es darin — wenigstens äußerlich — ganz anders aus; wanderte doch Dr. Stresemann als Reichminister für das Auswärtige sieben Jahre lang durch alle Kabinette. Daß Dr. Brüning nun auch offiziell das Außenministerium übernimmt — wohl auch deshalb, weil er dafür den Londoner Botschafter v. Neurath nicht gewinnen konnte — ist also mehr die äußerliche Folgerung aus einem tatsächlich vorhandenen Zustand.

Größeres Aufsehen aber muß die Übertragung des Innenministeriums auf den bisherigen und sein Amt auch jetzt behaltenden Reichswehrminister Dr. Gröner erregen. Der Reichsinnenminister — gerade so wie sein Kollege von der Justiz — stand und steht ja an der Spitze eines Ministeriums, das man mit böshafem Witz, aber nicht mit Unrecht, als eine Behörde „ohne Körper“ bezeichnet. Denn es fehlen ihm die Exekutivbehörden und daher ist der Reichsinnenminister bei der Durchführung seiner Aufgaben auf die Länderbehörden angewiesen. Daß nun die Leitung dieses Ministeriums gerade dem Reichswehrminister übergeben wurde, muß daher eine hauptsächlich politische Wirkung auslösen; diesem untersteht die stärkste und — letzte Exekutive, nämlich die Reichswehr, für den Fall ernstester Konflikte im Dasein des Staates. Nach den Wirren der Revolutionszeit ist aber erfreulicherweise nur ein einziges Mal zu diesem „letzten Mittel“ gegriffen worden. Abgesehen ist im Ausland hier und da auch schon die Verbindung dieser beiden Ministerien in einer Hand erfolgt.

Schließlich ist neben der Tatsache, daß das neue Kabinett Brüning in der Hauptsache aus Männern zusammengesetzt ist, die schon Mitglieder des vorigen waren, auch noch daran nicht ganz vorüberzugehen, daß neben Dr. Curtius zwei Angehörige des Zentrums, also der eigenen Partei des Kanzlers, nicht mehr in der neuen Ministerliste erscheinen, Dr. Wirth und Dr. v. Guérard. Welche Gründe oder welche Absichten bei diesem Rücktritt mitwirkten, wird man wohl erst später sagen können, wenn es sich entscheidet, ob Dr. Brüning mit seinem neuen Kabinett sich im Reichstag halten kann.

Vermutlich wird er aber die kurze Zeit, die ihm bis zu dieser Entscheidungsschlacht noch bleibt, auszunutzen versuchen in dem Sinne, daß dann nicht allein die persönliche Zusammenfassung des neuen Kabinetts, sondern auch sachliche Fragen zum Objekt des Für und Wider werden. Stoff hierfür ist ja mehr als reichlich vorhanden; denn man hat ja dem Reichskanzler Brüning längst schon gerade den W o r r u f gemacht, in zahlloser Notverordnungen ebenso zahllose Dinge angepaßt zu haben, darunter recht überflüssige — aber einer Inangriffnahme der brennendsten, nämlich der wirtschaftspolitischen Probleme, bisher ausgewichen zu sein. Nun ist im neuen Kabinett auch wieder ein neuer Wirtschaftsminister vorhanden, der bisher eine hervorragende Stellung in der deutschen Wirtschaft bekleidete. Wenn Dr. Brüning vor dem Reichstag tritt, so kann und — muß eben der Inhalt der Regierungserklärung mehr als nur eine Andeutung darüber sein, was man wirtschaftspolitisch tun will, sondern sagen, was man hierin und hierfür tut: Ein wirtschaftspolitisches Notprogramm also, das aber über nur „programmatische“ Ausführungen hinausgeht, das ein praktisches, ein aktives Handeln entwickelt. Dann wird die Entscheidung über Brüning auch darum gehen, ob die Mehrheit des Reichstages ihm den Weg zu diesem Handeln freigibt oder ob sie ihm darin nicht folgen will, weil sie kein Vertrauen zu ihm und seinen Kollegen auf der Ministerbank besitzt.

Das Tributgespenst.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Notverordnung, die solange auf sich warten ließ, hat den wichtigsten Teil des Winterprogramms, die wirtschafts- und sozialpolitischen Neuregelungen, nur zu einem ganz geringen Teil gebracht. Die grundsätzliche Regelung soll hier nach Anhörung eines Gremiums von Arbeitgeber und Arbeitnehmer erfolgen, wenn — ja wenn es bis dahin nicht schon zu spät ist. Die Reichsregierung hoffte durch die letzte Verordnung, durch die auf schärfste gedrohten Ausgaben und die weiteren Sparmaßnahmen sowie durch die Einsparungen der Reparationszahlungen einen Ausgleich des Reichshaushalts zu erzielen, selbst wenn die auf neun Milliarden Mark geschätzten Einnahmen an Steuern und Zöllen geringer bleiben sollten. Daß diese Hoffnungen bereits zu wanken begannen, zeigen die besonders im Ausland auftauchenden Zweifel, ob das Stillhalteabkommen sich in der gegenwärtigen Form überhaupt wird durchführen lassen. Ob Deutschland im November imstande sein wird, 15 Prozent der Markguthaben freizugeben, sei sehr zweifelhaft, so erklärt man in England. Darüber hinaus wird schon die Frage aufgeworfen, ob Deutschland nicht doch noch zu einem glatten Moratorium für den Zinsendienst von Industrieobligationen und Kommunanleihen seine Zuflucht nehmen müsse. Das Echo, das die neuen Notverordnungen überall in Deutschland geweckt hat, haben alle diese Befürchtungen verstärkt. Auch an Berliner zuständigen Stellen wird damit gerechnet, daß sich eine Unterbrechung der Freigabe der sogenannten Markguthaben, die das Ausland in Deutschland zur Zeit des Stillhalteabkommens unterhält, vielleicht nicht vermeiden lassen wird. Neben dieser Frage des Moratoriums für P r i v a t-

schulden bzw. freiwillig aufgenommenen öffentliche Anleihen läuft die des Moratoriums für die politischen Schulden nach Ablauf des Hoover-Jahres einher, und der Endtermin dieses Jahres steht als drohendes Gespenst hinter allen Finanzmaßnahmen und Hilfsaktionen. Wird hier nicht bald eine grundsätzliche Regelung und Neuordnung erzielt, so werden wir uns vielleicht mit Ach und Krach durch diesen Winter durchhangeln können, aber alle diese schweren Opfer werden umsonst gebracht sein, denn die wieder auflebende Tributlast wird dann den ausgemergelten deutschen Wirtschaftskörper völlig zerquetschen.

Neben der Umgestaltung der öffentlichen Finanzen, um die Wirtschaft wenigstens notdürftig aufrechtzuerhalten, ist es die größte Sorge der Reichsregierung, die Opfer der Wirtschaftskrise bis zum Frühjahr durchzubringen. Die überaus traurige Lage von Millionen Erwerbsloser bzw. Arbeitsuchender in Deutschland veranlaßte den Reichspräsidenten, die Reichsregierung und die Wohlfahrtsverbände zu einem Aufruf zur „Winterhilfe“. Hilfsbereitschaft und Opfermuth sollen zusammenstehen, um die Not zu überwinden. Es ist zu erwarten, daß die Aufforderung zur Winterhilfe überall Erfolg haben wird und die Liebestätigkeit zur inneren Versöhnung des deutschen Volkes beitragen hilft. Aber damit allein wird man sich nicht begnügen. Arbeitsbeschaffung bleibt nach wie vor das beste Mittel, der Erwerbslosigkeit und damit zugleich der Not zu steuern. Daher hat auch die Reichsregierung ein Winterprogramm geplant, durch welches Arbeitsaufträge der öffentlichen Hand, in erster Linie der Reichsbahn, der Wirtschaft neuen Auftrieb und dem Arbeitsmarkt eine Entlastung schaffen sollen. Zur Durchführung dieses Programms will man die Mittel durch eine steuerfreie Reichsanleihe aufbringen, die gleichzeitig dazu dienen soll, dem ins Ausland geflüchteten Kapital einen Anreiz zur Rückkehr zu geben.

Sodann find der freiwillige Arbeitsdienst und die Arbeitslosenfriedlung zu erwähnen. Wenn gleich der freiwillige Arbeitsdienst keine Beseitigung der Arbeitslosigkeit bringen kann, so soll er doch vielen sich nach Arbeit sehenden Menschen einen Weg zeigen, der sie vor jahrelanger Untätigkeit und damit vor seelischem und körperlichem Zusammenbruch bewahrt. Wenn es möglich ist, den freiwilligen Arbeitsdienst mit einer gesunden Siedlungsbewegung in Verbindung zu bringen, dann dürften hierdurch bald manche Industriezweige eine Belebung erfahren.

Zuletzt sei noch kurz der von der Reichsregierung aufgestellte Plan einer Arbeitslosenkleinsiedlung erwähnt, bei welchem es sich in erster Linie um die Krisenunterstützung und die Wohlfahrtsverbände handelt. Man rechnet damit, daß bis zum Herbst 100 000 Arbeitslose in der Kleinsiedlung angefaßt werden können.

Die allgemeine Lage läßt erkennen, daß mit einer Überwindung der Krise in der nächsten Zeit nicht zu rechnen ist und daß Kaufkraftschwund, schleppende Zahlungsweise, Kreditnot und Unsicherheit der Zukunft die Geschäftslage beeinträchtigen. Anzeichen einer Wandlung sind noch nirgends zu bemerken, aber dennoch ist anzunehmen, daß, wie stets, auch diese Krise den Anfang zu einer Besserung in sich birgt. Allerdings wird eine Umkehr von manchen Gepflogenheiten notwendig sein.

Die Gartenbaupolitik der Reichsregierung

Einfuhr ausländischer Gartenbauernzeugnisse.

Auf einer Besprechung des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaues wurde zu der Gartenbaupolitik der Reichsregierung Stellung genommen. Der Vorsitzende des Pommerischen Landesverbandes, Gartenbaudirektor Lange, wies einleitend darauf hin, daß in den letzten Jahrzehnten die deutschen Gartenbauernzeugnisse nur zweimal, und zwar während des Krieges und während der Inflationszeit, restlos verbraucht worden seien. In den übrigen Zeitabschnitten und auch vor dem Kriege schon habe man ausländische Gartenprodukte eingeführt, während die Erzeugnisse des deutschen Gartenbaues

nicht verbraucht worden seien.

Die Statistik zeige, daß die Einfuhr von ausländischen Waren eine seit der Inflation stetig steigende Kurve darstelle. Immer wieder aber habe gerade der deutsche Gartenbau für den Abschluß von Handelsverträgen geduldig als Objekt dienen müssen. Zwar habe der Staat im Jahre 1926 für landwirtschaftliche und gartenbauliche Hilfsmaßnahmen gesorgt, auf der anderen Seite sei dann aber leider der notwendige Schutz der aus dieser Unterstützung hervorgegangenen Produktion vernachlässigt worden. Der deutsche Gartenbau fordere deshalb, daß die deutschen Grenzen erst dann

der Einfuhr ausländischer gartenbaulicher Erzeugnisse

geöffnet werden, wenn der Bedarf durch die eigene Produktion nicht mehr gedeckt werden könne. Wenn die Regierung diese grundsätzliche Bedingung nicht erfülle, dann blieben alle die durch den Plan der Reichsregierung für den Gartenbau angelegten Siedler von Anfang an zur Teilung des gleichen bitteren Loses verurteilt, das vielen altbewährten Gartenbetriebe befrieden sei.

Der Vorsitzende des Fachausschusses für Gemüsebau sprach anschließend über Gartenbau und Siedlung. Der deutsche Gartenbau wisse, daß bei der zwingenden

Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

auch auf seinem Wirtschaftsgebiet durchaus noch Möglichkeiten beständen, die aber erst dann nutzbar gemacht werden könnten, wenn zu einer Wiederherstellung der heute völlig verlorengegangenen Rentabilität der gartenbaulichen Berufstätigkeit geschritten werde.

Rund um den Reichstag

Die Veränderungen im Mitgliederbestand des Reichstages.

Die nächste Reichstagsitzung, der man allseitig mit großem Interesse entgegensteht, wird vom Präsidenten mit einem Aufruf für die am 16. Juli bzw. am 29. August verstorbenen Reichstagsabgeordneten Kerp (Ztr.) und Gemeinder (Nat.-Soz.) eröffnet werden, die die Wahlkreise Koblenz-Trier und Hesse-Nassau vertraten und für die nunmehr die Abgeordneten Astor und Habicht in den Reichstag eingetreten sind. Zahlreiche weitere Veränderungen seit der Reichstagsvertagung sind durch Mandatsniederlegung und Parteiewechsel entstanden. So hat der im Wahlkreis Chemnitz-Wanzen gewählte volksparteiliche Abgeordnete Dr. Wellmann zugunsten des jetzigen Abgeordneten Baum auf sein Mandat verzichtet. An Stelle der kommunistischen Abgeordneten Reinke-Berlin und Ritzalla (Köln-Nachen), die ebenfalls auf ihre Sitze verzichteten, sind als neue Abgeordnete Frau Sandner und Esser-Köln in den Reichstag ein-

gezogen, der damit übrigens einen dritten „Esser“ bekommen hat. Nachfolger des aus dem Reichstag ausgeschiedenen nationalsozialistischen Abgeordneten Staatsministers a. D. Dr. Franzen wurde der jetzige Abgeordnete Mattheissen aus dem Wahlkreis Schleswig-Holstein. Ferner hat der auf der Liste des Christlichsozialen Volksdienstes in Baden gewählte Abgeordnete Teufel, der zuletzt seiner Fraktion angehörte und zur Nationalsozialistischen Partei übergetreten ist, sein Mandat niedergelegt; er ist durch den Christlichsozialen Abgeordneten Dr. Schmechel-Mannheim ersetzt worden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat durch den Übertritt ihres bisherigen Mitgliedes Stillinghaus zur SPD. und durch die Abwanderung der sechs Abgeordneten Dr. Rosenfeld, Seidenwitz, Ströbel, Portune, Ziegler und Dr. Siemsen zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands sieben Mann verloren und setzt sich zurzeit aus 136 Abgeordneten zusammen. Bei den übrigen Parteien und Gruppen des Reichstages stellt sich die Stärke nach dem neuesten Stand wie folgt dar: Nationalsozialisten: unverändert 107; Kommunisten: 78; Zentrum: wie bisher 68; Deutschnationale: 41; Deutsche Volkspartei: 30; Wirtschaftspartei: 22; Deutsches Landvolk: 18; Christlichsoziale — zusammen mit den vier Volkskonservativen und den drei Deutsch-Hannoveranern — 21 und Bayerische Volkspartei 19 Abgeordnete. Die Staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft besteht seit Übertritt des Bauernparteilichen Hillebrand als Gast und des früheren wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Colosser aus 16 Mitgliedern. Fraktionslos sind sechs Volksnationale und fünf Abgeordnete der Deutschen Bauernpartei. Keiner Reichstagsgruppe gehören neben dem Abgeordneten Möhle die bisherigen Landvolk-Abgeordneten v. Sybel, Sieber und Dr. Wendhausen an.

Die Aufkosten der Auslandsvertretungen.

Den Mitgliedern des Reichstags ist jetzt noch ein umfangreicher Nachtrag zu der Denkschrift und den Bemerkungen des Rechnungshofes des Deutschen Reiches mit Beanstandungen einer Reihe von Haushaltsrechnungen zugegangen. Die Drucksache war schon Mitte dieses Jahres fertiggestellt, ist aber zurückgehalten worden und erst jetzt zur Verteilung gekommen. Eine darin enthaltene, den Haushalt des Auswärtigen Amtes betreffende Denkschrift weist eine Reihe von Beanstandungen auf. Hinsichtlich der Einnahmen hat der Rechnungshof in einer Reihe von Fällen dem Auswärtigen Amt gegenüber die von den Dienstbezüglichen der Auslandsbeamten abzuziehenden Mietwerte von Dienstownungen im Auslande als ganz außerordentlich niedrigstehend beanstanden müssen. Daraufhin hat das Auswärtige Amt diese Mietwerte erheblich erhöht, in einzelnen Fällen sogar um ein Vielfaches der angegebenen Mieten. Bei diesen eingehenden Prüfungen ist der Rechnungshof auch dahinter gekommen, daß die Mietvergütung in Höhe von monatlich 600 Mark für die Dienstwohnung eines Gesandten in einem südeuropäischen Staat, die in einem vom Reich angekauften und bezugsfertig eingerichteten Hause eingerichtet worden ist, fast drei Jahre hindurch nicht erhoben worden war. Das Auswärtige Amt hat sich daraufhin nachträglich veranlaßt gesehen, die zu Unrecht von dem Gesandten für die zurückliegende Zeit nicht erhobene Mietvergütung im Betrage von fast 22 000 Mark zurückzufordern. Bei genauerer Durchsicht der einzelnen Posten des Auswärtigen Amtes ist festgestellt worden, daß die Erlöse aus dem Rücklauf von Verpackungstischen, Möbelkästen, Auto- und Flugelstücken, die für den Transport dieser Gegenstände gedient hatten, meist geringfügig waren und in keinem Verhältnis zu den Beschaffungskosten standen. Das Auswärtige Amt ist daher veranlaßt worden, seine Auslandsvertretungen nachdrücklich anzuweisen, auf eine bessere Verwertung des Reichseigentums bedacht zu sein. Zahlreiche weitere Beanstandungen beziehen sich auf bestimmungswidrige Befolgungen bei den Auslandsvertretungen, Mietpreise für Gebäude, Umzugskosten u. a. Für die Beförderung der reichseigenen Einrichtung der deutschen Gesandtschaft von Barranquilla nach Bogota in 19 Kisten sind nicht weniger als 48 300 Mark ausgegeben worden. Diese nach Ansicht des Rechnungshofes viel zu hohen Kosten wären vermieden worden, wenn man den Transport sorgfältiger vorbereitet und insbesondere einen Vorschlag des bisherigen Gesandten eingeholt hätte, der die Verhältnisse kennen mußte.

Wann verschwindet der polnische Korridor?

Durch den plötzlichen Tod des amerikanischen Senators M o r r o w, der bekanntlich dem Präsidenten Hoover Änderungsvorschläge in bezug auf den polnischen Korridor unterbreitet hatte, wird die Aufrollung dieser für Deutschland politisch und wirtschaftlich wichtigen Frage weiter hinausgeschoben. Dabei kann an die verschiedensten Lösungsversuche namhafter ausländischer Persönlichkeiten erinnert werden. So trat vor einiger Zeit der Befürworter der paneuropäischen Idee, der österreichische Graf Coudenhove-Kalergi, mit dem Vorschlag hervor, einen Tunnel unter dem polnischen Korridor für den Verkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich zu bauen. Einen anderen Vorschlag machte der als politischer Freund Ungarns bekannte Engländer Lord Rothermere. Er empfahl die Rückgabe des Korridors an Deutschland, wofür Deutschland sich verpflichten sollte, die polnische Ostgrenze zu garantieren. Da sich aber diese Vorschläge als nicht durchführbar erwiesen haben, und die deutschen zuständigen Stellen noch vor kurzem die Korridorfrage als „heißes Eisen“ bezeichneten, dauert dieser auch vom Ausland als für die Dauer unmöglich bezeichnete Zustand weiter an. Es wäre zu wünschen, wenn bei den zahlreichen Beratungen der europäischen Staatsmänner von deutscher Seite auch die Korridorfrage wieder angeschnitten würde.

Das Handwerk zur 3. Notverordnung.

Sitzung der Vorstände des Reichsverbandes und des Kammerlages in Hannover.

Die Vorstände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbelammerlages traten unter dem Vorsitz von Kammerpräsident Stadtrat Pflugmacher-Magdeburg zu einer gemeinsamen Aussprache in Hannover zusammen. Zu den Beratungen war als Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Ministerialrat Dr. Hoppe erschienen. Generalsekretär Dr. Meusch nahm in einleitenden Ausführungen zur derzeitigen politischen Lage und zur Notverordnung vom 6. Oktober Stellung. Die sich daran anschließende Aussprache war sich einig in der Auffassung, daß zur Behebung der herrschenden Notlage jede inflatorisch wirkende Maßnahme unbedingt vermieden werden müsse. Der dritten Notverordnung fehle die leitende einheitliche Idee. Das beabsichtigte große Wirtschaftsprogramm müsse baldigst vorgelegt werden, um endlich eine Entspannung in Volk und Wirtschaft herbeizuführen. Es wurde beschlossen, eine aus-

Ein fahrbarer Anfermast für „Graf Zeppelin“.

Die ersten Versuche zufriedenstellend.
Nach der Rückkehr des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ von seiner Schweiz-Fahrt wurden nach der Landung vor dem östlichen Hallentor in Friedrichshafen Versuche mit einem neuen fahrbaren Anfermast ausgeführt. Die Versuche sind zur vollen Zufriedenheit ausgefallen. Der neue Mast ist

auf Schienen fahrbar, die durch die Halle führen. Es soll durch diese Neukonstruktion ein großer Teil der Haltemannschaften erspart werden. Bei böigem Wetter wird das Einbringen in die Halle durch den neuen Mast sehr erleichtert.

Frankreichs Heer und Flotte.

Eine neue französische Rüstungsdenkschrift an den Völkerverbund.
Die französische Regierung übermittelte dem Generalsekretär des Völkerverbundes eine neue Rüstungsdenkschrift, in der in Ergänzung der großen französischen Denkschrift vom 15. Juli, in der die französische Regierung ihren grundsätzlichen, jede Herabsetzung der Rüstungen ablehnenden Standpunkt darlegte, nimmend eingehende ziffernmäßige Angaben über den gegenwärtigen französischen Rüstungsstand gemacht werden. Die außerordentlich verwickelten und wenig übersichtlichen Aufstellungen der Denkschrift geben folgende Ziffern über den heutigen französischen Rüstungsstand:

Landarmee:
a) In der Heimat: 19 530 Offiziere, 163 000 ausgebildete Mannschaften, 107 000 unausgebildete Mannschaften; b) in den Kolonien: 8006 Offiziere, 179 500 ausgebildete Mannschaften, 43 800 unausgebildete Mannschaften. Damit Gesamtkräfte der Landarmee 27 500 Offiziere, 494 100 Mannschaften. (Die Mannschaften mit einer Ausbildungszeit unter zwölf Monaten sind in der Denkschrift nicht aufgeführt.)

Marine:
3400 Offiziere, 66 000 Mannschaften.

Lufttruppen:
a) In der Heimat: 33 500, b) in den Kolonien: 8500.

Ausbildungszeit:
In der Heimat zwölf Monate, in den Kolonien drei Jahre.

Gesamttonnage der französischen Flotte:
628 603 Tonnen, jedoch ausschließlich der für 1931 vorgesehenen Linienfahrzeuge sowie der Kreuzer unter 7600 Tonnen. Die französische Flotte besteht aus: 9 Linienfahrzeugen, 23 Kreuzern, 92 Torpedobooten und Torpedobootzerstörern, 110 Unterseebooten, 23 Schiffen der Sonderklasse.

Luftflotte:
In der Heimat 1847 Flugzeuge, in den Kolonien 439 Flugzeuge, 89 an Bord befindliche Flugzeuge. Insgesamt 2375 Flugzeuge und 3 Militärluftschiffe.

Jährliche Gesamtausgaben:
13,809 Milliarden französische Franc (2,6 Milliarden Mark), davon für die Heimatearmee 11,045 Milliarden, für die Kolonien 2,764 Milliarden. Von dem Gesamthaushalt entfallen auf die Landrüstung 8,655 Milliarden, auf die Seerüstung 3,013 Milliarden, auf die Luftrüstung 2,139 Milliarden.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 12. Oktober 1931.

Wir lesen Zeitung.

Die Abende sind nun schon ganz anständig lang, und man kann sich schon ganz gut um den von der Lampe erhaltenen Familienkreis setzen und als richtige Familie beisammenbleiben, ohne auseinanderzustreben, wie das an den Sommerabenden der Fall zu sein pflegt. Da geht eben jeder und jede seine oder ihre eigenen Wege, und es ist nicht viel Geselligkeit im Hause. Aber jetzt schart man sich wieder ein bißchen zusammen und sucht das Gemeinsame zu betonen. Und da geschieht es denn meist, daß einer die Zeitung vornimmt und vorzulesen beginnt.

Man hat die Zeitung ja den ganzen Tag, und jeder wirft im Laufe des Tages rasch mal einen Blick hinein. Aber jeder hat dann meist etwas anderes, das ihn interessiert: der eine die Politik, der andere die Warenpreise und ein dritter, der gewöhnlich eine dritte ist, die Nachrichten vermischten Inhalts. Aber abends, wenn alles um den viereckigen Tisch herumsteht, müssen die Sonderinteressen in den Hintergrund treten, um dem, was in dieser Zeit uns alle bewegt, Platz zu machen. Und was ist das? Natürlich ist das die wirtschaftliche Lage! Jeder bespricht sie, aber keiner versteht sie, und wenn selbst die Mädchen Ausflüge in die hohe Politik machen, gibt es oft erregte Debatten. Das ist nun gut und wieder nicht gut. Natürlich sollen und müssen wir uns klarmachen, woran wir sind, und das gemeinsame Zeitungslesen ist oft ein gutes Mittel zum Klugwerden. Man sieht doch wo und wie und bekommt einen kleinen Begriff von den Zusammenhängen. Aber darüber hinaus sollten wir uns doch nicht allzu weit vorwagen, weil wir uns dadurch das Leben noch mehr verbittern. Wir schöpfen Belehrung, wir schöpfen Anregung aus unserer Zeitung, wir lernen vielleicht auch einen vernünftigen Wirtschaftsplan aufstellen in diesen Tagen der Not, aber wir dürfen uns nicht allzusehr einmischen in unsere Lage, dürfen uns nicht gegenseitig Vorwürfe machen, dürfen aus dem gemeinsamen Zeitungslesen nicht Anlaß zu scharfen Auseinandersetzungen nehmen. „Wer hat schuld?“ — „Du hast schuld!“ — „Nein, du hast schuld!“ — Und so kann das schließlich sehr böß werden, wenn oder weil man soeben gelesen hat, daß in England das Pfund weiter sinkt, und daß jetzt auch in der Schweiz eine Banke verkracht ist.

Nein, wir wollen uns den Kopf nicht warm machen durch Inflationsgespräche und andere Unereien, wir wollen an den langen Abenden unsere Zeitung in schöner Gemeinsamkeit lesen, wir wollen Gedanken austauschen, aber wir wollen uns nichts an den Kopf werfen, nicht einmal symbolisch, sonst verderben wir uns nicht bloß den Abend, sondern auch noch den andern Tag und die nächsten womöglich auch noch.

* **Stadttheater Hagen i. W.** Wochenplan für die Zeit vom 12.—18. Oktober. Montag, 12. Okt., 20 Uhr, Ende 22½ Uhr, „Die lustigen Weiber von Windsor“, komische Oper. — Dienstag, 13. Okt., 20 Uhr, Ende etwa 22½ Uhr, „Prinz Friedrich von Homburg“, Schauspiel. Mittwoch, 14. Okt., 20 Uhr, Ende etwa 22½ Uhr, „Die lustigen Weiber von Windsor“, komische Oper. — Donnerst-

tag, 15. Okt., 19½ Uhr, Ende nach 22½ Uhr, „Der Obersteiger“, Operette. — Freitag, 16. Okt., 20 Uhr, Ende etwa 23 Uhr, geschl. Vorstellung für den Kreisriegerverband „Der Obersteiger“, Operette. — Samstag, 17. Okt., 19½ Uhr, Ende nach 22½ Uhr, „Die Fledermaus“, Operette. — Sonntag, 18. Okt., 17½ Uhr, Ende 22¼ Uhr „Die Meisterfinger von Nürnberg“, Oper.

—) **Finanzamt.** Auf die Bekanntmachung des Finanzamtes betr. Zahlung der fälligen Kirchensteuer wird noch besonders aufmerksam gemacht.

Halver

—0 Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht von Samstag zu Sonntag bei dem Fabrikanten Max vom Brocke in Halver verübt. Der Täter hat mit einem Nachschlüssel oder Dietrich sich Eingang durch die hintere Haustür verschafft. Entwendet wurden eine geringe Menge Lebens- und Genussmittel.

—) In dem gestrigen Gottesdienst hielt Professor Dr. Neuffer aus Herborn, ein Sohn des früheren Lehrers Neuffer in Hohenplanke, eine Gastpredigt.

—) **Landwirtschaftskammerwahlen.** Bei der gestern stattgefundenen Wahl zur Landwirtschaftskammer der Provinz Westfalen wurden in der Gemeinde Halver folgende Stimmen abgegeben für den Wahlvorschlag: Dunkel 57 Stimmen und für den Wahlvorschlag Plate 66 Stimmen. 1 Stimme war ungültig.

	Liste Dunkel	Liste Plate
Schalksmühle	19	8
Weinerzhagen	2	33
Am Lüdenscheid	14	36
Kierspe	3	26

—) Die Gewerbl. Mittelstandsvereinigung hielt am Samstagabend im Hotel zur Post eine ziemlich gutbesuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende gab zunächst die Verhandlungen betr. Nothilfe in der Gemeinde Halver bekannt. (Ueber die beiden Sitzungen des Nothilfe-Ausschusses vom 22. 9. und 9. 10. haben wir bereits ausführlich berichtet.) Allgemein herrschte die Ansicht vor, daß sich die Klein-Gewerbetreibenden ebenfalls in einer sehr bedrängten Lage befänden und es ihnen kaum möglich sei Barmittel für die Nothilfe zu geben. Die Not sei in vielen Fällen sehr groß. Es wurde jedem freigestellt nach freiem Ermessen das zu geben, wozu er in der Lage sei. Anschließend an diese Aussprache hielt Herr Böckamp-Hagen, Beamter der Westdeutschen Versicherungsgesellschaft, einen längeren Vortrag über „Die zukünftige Mittelstandspolitik“. In sehr ausführlicher Weise schilderte er die Belange des Gewerbl. Mittelstandes und wie hier der Zusammenschluß von allergrößter Wichtigkeit sei. Die Gewerkschaften, Genossenschaften und Angestellten-Verbände bildeten in dem politischen Leben einen großen Machtfaktor, das beweise, daß 167 Gewerkschaften im Parlament säßen, der Gewerbl. Mittelstand sei nur durch 17 Abgeordnete vertreten. Der Gewerbl. Mittelstand müsse sich auf sich selbst besinnen. Auch müsse er sich der geschaffenen Versicherungseinrichtungen bedienen und so seine Macht und sich selbst stärken. Eine recht lebhaft Aussprache schloß sich an. Gegen 11½ Uhr konnte der Vorsitzende mit dem Dank an alle die anregend verlaufene Versammlung schließen.

—) Zu Beginn der am Samstagabend am Schmalpurbachhof stattgefundenen, ziemlich gut besuchten Versammlung des hiesigen Geflügelzuchtvereins teilte der Vorsitzende Werner Lüsebrink mit, daß für die in Kierspe in Aussicht genommene Kreisverbands-Geflügelausstellung recht zahlreiche Anmeldungen von auszustellenden Stämmen aus dem hiesigen Vereine erfolgt seien. Auf dem in Lüdenscheid stattfindenden Kreisverbandstag wird die Frage erörtert werden, ob neben der Ausstellung von Tieren mit Bundesringen auch solche ohne Bundesringe zulässig sein sollen. Man entschied sich dahin, daß grundsätzlich nur Tiere mit Bundesringen zugelassen seien. Bis dahin hatte man sich bei der Vorführung und Besprechung nur mit Hühnern beschäftigt, in dieser Versammlung wandte man sich den Tauben zu. Das Mitglied Joh. Schulte zu Eichholz hatte mehrere Stämme Brünner Kröpfer zur Vorführung zur Verfügung gestellt. Der Vorsitzende wies in einem kurzen Vortrage auf die wesentlichen Rassemerkmale usw. hin, woran sich dann eine Besprechung schloß. Bei der nächsten Versammlung will man sich dem Wassergeflügel zuwenden. Das Mitglied Adolf vom Ort zu Büchermühle will zu diesem Zwecke einen Stamm Glati-Campellenten zur Verfügung stellen. Sodann machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die diesjährige Provinzial-Ausstellung vom 13. bis 15. Nov. in Hamm stattfindet, und daß Anmeldungen zu derselben bis 1. Nov. erfolgen müssen. Kurz vor 10 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Kierspe

—) Eine Sitzung der größeren Kirchenvertretung fand am Samstag nachmittag im evangelischen Gemeindehause, geleitet von Pastor Eggerling, statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der neu gewählte Vertreter Wilhelm Gies-Kierspe-Bhf. in sein Amt eingeführt und durch Handschlag vereidigt. Unter Punkt 1 fand die Besprechung der Kosten für den Ausbau des Kirchturn-Eingangs ihre Erledigung. Sodann kam der Kirchbau in Kierspe-Bhf. bezw. die Bezahlung der Kosten für die angefertigten Pläne zur Sprache. In der letzten Sitzung der Kirchenvertretung war beschlossen worden, die in Kierspe-Bhf. gesammelten Gelder anzufordern, um dieselben dem Kirchbaufonds zuzuführen und um daraus alsdann die bisher entstandenen Kosten zu begleichen. Die Vertreter von Kierspe-Bhf. gaben im Auftrage der Spender eine Erklärung ab, daß man nicht gewillt sei, die gesammelten Gelder in den Besitz der Kirchenverwaltung zu bringen. Die überwiegende Mehrheit der Vertretung stellte sich daraufhin auf den Standpunkt, daß die Kirchengemeinde sowohl aus rechtlichen als auch moralischen Gründen zur Bezahlung von nur einem Plan, und zwar von demjenigen des Gemeindehauses verpflichtet sei. Einmal sei von der Kirchenvertretung nur ein Plan bestellt, und zum anderen hätten es die Vertreter von Kierspe-Bhf. übernommen, für sämtliche Kosten einzustehen, die den ursprünglichen Plan des Gemeindehauses von RM. 65 000 überstiegen. Hierzu gehöre selbstverständlich auch der von den Interessenten von Kierspe-Bhf. beschaffte neue Plan einer Kirche. Demgemäß wurde der Beschluß gefaßt, daß die Kirchenvertretung den Plan des Gemeindehauses, dessen Kosten etwa 1/3 der vorliegenden Rechnung des Architekten betragen, bezahle, während die Kosten für den Plan der Kirche (etwa 2/3 der Kostenrechnung) aus in Kierspe-Bhf. gesammelten Geldern beglichen werden müssen. Mit der Ueberlassung eines Sprechzuges in der Gartenstraße an den Kaufmann Max Winter aus Seesen erklärte Vertretung sich einverstanden.

Kierspe-Bhf.

—) In letzter Zeit werden aus der Bürgerschaft verschiedentlich Klagen darüber laut, daß die Straßenlampen

in einzelnen Distrikten garnicht oder nur zeitweilig brennen. Obwohl diese Klagen verständlich sind, so ist es doch in Anbetracht der gespannten Finanzlage der Gemeinde nicht mehr möglich, diesen Klagen nachzugeben und die Beleuchtung in vollem Umfange aufrecht zu halten. Schon seit einiger Zeit ist man dazu übergegangen, die Straßenlampen nur dann brennen zu lassen, wenn die Witterung besonders dunkel ist. Auch werden nur dort Lampen angezündet, wo unbedingt eine Notwendigkeit im Interesse der Sicherheit des Verkehrs besteht.

—) Die Gemeinde ist seit längerer Zeit dazu übergegangen, die Wohlfahrtsverbände an zwei Wochentagen produktiv mit den verschiedensten Arbeiten in der Gemeinde zu beschäftigen. Für diese Arbeiten erhalten die Wohlfahrtsempfänger pro Tag eine zufällige Unterstützung von RM. 1.— Durch die Einführung dieser produktiven Beschäftigung konnten die meisten Wege und Straßen in der Gemeinde bedeutend ausgebessert werden. Überall sind diese Verbesserungen festzustellen, was sehr zu begrüßen ist. Wünschenswert wäre es nur, wenn auch die Bürgersteige in Kierspe-Bhf. auf diese Art einmal etwas ausgebessert würden, da solches dringend erforderlich ist.

—) Zwei noch glimpflich abgelaufene Verkehrsunfälle ereigneten sich hier selbst. Ein hiesiger Bürger, der sich mit seinem Fahrrad auf der Heimfahrt befand, stieg auf der Volmestraße von einem Lastzuge angefahren und in den Straßengraben geschleudert. Die Verletzungen des Fahrers waren zum Glück nicht allzu schwer. — Am Tannenbaum geriet ein Motorradfahrer in voller Fahrt dadurch zu Fall, daß sich die Kette vom Rade löste, wodurch der Fahrer vom Rade auf das Straßenpflaster flog. Auch hier trug der Fahrer glücklicherweise nur geringe Verletzungen davon.

—) Die Vorarbeiten für das am Sonntag, den 18. d. M. nachmittags 4½ Uhr im Cramerischen Saale stattfindende Winterhilfe-Konzert sind in vollem Gange. Schon jetzt kann gesagt werden, daß das Programm ein recht vielseitiges werden wird. Außer einer ganz vortrefflichen Theateraufführung die von Mitgliedern des Theatervereins „Germania“ Schnörrenbach gegeben wird, sind die verschiedensten musikalischen, turnerischen und gefanglichen Darbietungen vorgesehen. Der Kartenverkauf beginnt am Montag dieser Woche. Die Eintrittspreise sind trotz des abwechslungsreichen Programms sehr niedrig gehalten und betragen 75 Pfg. und für Erwerbslose 50 Pfg. An die Bürgerschaft ergeht die dringende Bitte, die Arbeiten der freiwilligen Helfer durch einen regen Besuch zu unterstützen; denn der Erlös ist zur Vinderung der Not in den Familien unserer Mitbürger bestimmt.

Rönsahl

—) Sein 2. Staats-Examen bestand vor dem evangel. Konsistorium in Koblenz Herr cand. theol. Fritz Schäfer, Rönsahl, Sohn des Oberpostkassens Friedrich Schäfer, hier selbst. Unseren herzlichsten Glückwunsch. Sch. studierte Theologie in Bonn, Leipzig und Rostock i. Medlb. 3. Jt. amtiert Sch. als Prediger in Neuh.

—) **Lüdenscheid-Land/Hülscheid.** Kartoffellieferung durch die Landwirte. Um die Belieferung der Unternehmungsempfänger mit Kartoffeln sicher zu stellen, werden die Landwirte der Gemeinden Lüdenscheid-Land und Hülscheid um Angabe gebeten, welche Kartoffelmengen sie dem Amt gegen Bezahlung überlassen können. Die Angaben können schriftlich, fernmündlich oder mündlich der Amtsverwaltung (Amtshaus Zimmer 15) mitgeteilt werden. Auf die Anzeige im Anzeigenteil wird hingewiesen.

Unna. Raubüberfall auf einen Lehrling. Im Stadtteil Königsborn wurde gegen 10 Uhr abends der Schneiderlehrling Helmut Meermann von drei Männern überfallen. Der eine riß ihn mit den Worten: „Geld oder das Leben!“ vom Rade, ein zweiter drückte ihm die Kehle zu, und der dritte steckte ihm ein Grasbüschel in den Mund. Dann erhielt der Armste noch fürchterliche Schläge, bis er bewußungslos wurde. Nach 3 Stunden kam er wieder zu sich und schleppte sich zum nächsten Hause, wo sich seiner eine Familie annahm. Am Tatort fand man das Fahrrad und die Geldbörse, aus der der Inhalt von 85 RM., den der Lehrling von Mietern einkassiert hatte, fehlte. Die Polizei nahm inzwischen eine Verhaftung vor, durch die aber keine Klärung des Falles herbeigeführt werden konnte.

Eversberg. Eine Kuh verschluckt den ganzen Lohn. Ein junger Mann von hier hatte bei der Gartenarbeit seinen Rock ausgezogen und auf einen Zaun gehängt. Plötzlich sah er, wie sich eine Kuh, die sich auf einer anliegenden Weide befand, mit dem Rock beschäftigte. Das Tier hatte die Brieftasche aufgestöbert und bereits fast den ganzen Inhalt und auch den Lohnbetrag des jungen Mannes aufgefressen.

Essen. Großfeuer in einem Essener Geschäftshaus. Die städtische Feuerwehr wurde heute früh kurz nach vier Uhr nach dem an einer Straßenecke gelegenen Modegeschäft von Frank gerufen. Als der erste Löschzug an der Brandstelle eintraf, standen bereits das Erdgeschloß und der erste Stock des Geschäftes in hellen Flammen, die durch die Fenster bis zum Dach emporstiegen. Die Hitze war so stark, daß auch die Schaufensterscheiben des gegenüberliegenden Verlages der Essener Volkszeitung zerbrachen. Die starke Verqualmung machte den Einsatz von Rauchschutzgeräten notwendig.

Minden. Belebung in der Zigarrenindustrie. Die Firma August Blase in Lübbecke hat in ihrer Zigarrenfabrikale in Rothenhufen wieder mehrere Arbeiter eingestellt. Auch sind Bestrebungen im Gange, in den seit Jahresfrist leerstehenden Räumen der Rothenhufen Zigarrenfabrik eine Niederlage der bekannten Lübbecke Zigarrenfabrik in Petershagen einzurichten, auf der die entlassenen 40 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden könnten. Auch die Firma Georg Meyer-Löhne läßt in ihrer Filiale Unterlübbe wieder voll arbeiten. Die Filiale Rothenhufen der Mindener Zigarrenfabrik Leonhardi bleibt vorläufig weiterhin stillgelegt.

Bad Drenhausen. Tödlich abgestürzt. Der in den Diensten des hiesigen Schornsteinfegermeisters Borchers stehende Gehilfe Waldemar Wenzel erlitt einen Unglücksfall, der den Tod zur Folge hatte. Als er bei einem Landwirt in Höhe mit der Reinigung des Schornsteins fertig war, wollte er den Boden verlassen; dabei stürzte er durch eine mit Stroh verdeckte offene Luke auf die Diele und zog sich dabei die tödlichen Verletzungen zu.

Osnabrück. 5000 RM. Belohnung für die Ermittlung von Brandstiftern. Die in einiger Osnabrück benachbarten westfälischen Gemeinden grassierende Brandstiftung, die es trotz intensiver Ermittlungen nicht aufzuklären gelang, hat jetzt den Oberstaatsanwalt von Münster veranlaßt, eine Belohnung von 5000 RM. für die Ermittlung der Brandstifter auszuweisen. Für die Provinz Hannover hat die Landständische Brandkasse eine Belohnung in gleicher Höhe angelobt.

Rheine. Eine Million Schulden hinterlassen. Wie bereits mitgeteilt, verfiel vor einer Woche auf einer Geschäftsreise der Fabrikant Werth aus Emsdetten. Das rätselhafte Verschwinden konnte bisher noch nicht aufgeklärt werden. Es dürfte aber damit im Zusammenhang stehen, daß die fragliche Spinnerei, deren Mitinhaber der Verunglückte war, bei drei Großbankern Schulden in Höhe von 700 000 RM. und ferner für gelieferte Rohstoffe solche von rund 300 000 RM. hat.

Emden. 50 Stunden hilflos auf der Nordsee. Der Fischdampfer „Arthur-Friedrich“ von der Leerer Heringsfischerei AG. in Leer traf den englischen Fischdampfer „Endely“ aus Grimsby etwa zwanzig Seemeilen westnordwestlich an der Anfielungspanne Westereins, die sich weitere sieben Seemeilen nordwestlich von Borkum befindet, in höchster Seenot an. Der englische Fischdampfer hatte während des letzten Sturmes das Heck in die Schiffschraube bekommen und war über fünfzig Stunden hilflos auf der Nordsee getrieben. Kapitän Jocke Hartmann aus Ostgroßefehn, der Führer des „Arthur-Friedrich“, nahm den Dampfer ins Schlepp und brachte ihn nach Emden, wo er im Außenhafen festmachte.

Murich. Der Lehrerbau. Der preußische Kultusminister hat nach amtlicher Mitteilung verfügt, daß im Regierungsbezirk Aurich im Verfolg der erforderlichen Ersparnismaßnahmen im Laufe des Winterhalbjahres bzw. bis zum 15. Oktober 24 Planstellen an evangelischen Volksschulen zum Abbau oder zum Ruhen zu bringen sind. Ein weiterer Erlaß weist darauf hin, daß von der Schulanfängerbewerber und Schulanfängerinnen des Bezirks nur noch die ältesten Jahrgänge im Schuldienst weiterbeschäftigt werden können, da aus den Regierungsbezirken Hannover, Hildesheim, Stade und Minden ältere Schulanfänger nach dem hiesigen Bezirk übernommen werden müssen.

Osnabrück. Erste Erfolge bei der Bekämpfung der Brandstiftung. Die Kriminalbeamten, die von der Landes kriminalpolizei der Provinz Hannover und Westfalen in die Osnabrücker Gegend zur Untersuchung der Brandstiftungsgeheude entsandt wurden, haben in diesen Tagen drei aufsehenerregende Verhaftungen vorgenommen. Zuerst wurde der Hofbesitzer Kesselt aus Gaste, dessen Besitzum am 8. September abbrannte, unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet. Weiter wurde noch während des Brandes des Dannerbrocks Hofes in Werfen der Eigentümer, Hofbesitzer Winkelmann ebenfalls unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommen. Und schließlich ist noch der Drechsmaschinenbesitzer Otto Bergmann aus Lotte verhaftet worden, weil er der Brandstiftung bei dem Feuer auf dem Besitzum des Hofbesitzers Wolf in Ledde verdächtig erscheint.

Braunschweig. Wegen Veruntreuung von 160 000 Mark festgenommen. Dieser Tage erfolgte die aufsehenerregende Verhaftung eines in der Stadt Braunschweig angesehenen Geschäftsmannes, des Mitinhabers der Baufirma J. Fröhlich & Ph. Baumauff, Bernhard K. Er war Geschäftsführer der „Baube“, Vereinigte Bauunternehmung e. G. m. b. H., und wird beschuldigt, 160 000 Mark veruntreut zu haben. Die „Baube“ ist dabei mit 15 000 Mark geschädigt worden. Sie hat beim Gericht die Einleitung eines Vergleichsverfahrens beantragt, doch heißt es, daß dieser Schritt nicht mit den Veruntreuungen in direktem Zusammenhang stehe.

Bettingerode. Tod durch Blutvergiftung. Infolge Blutvergiftung ist hier die hiesige Einwohnerin Frau Meta Koch gestorben. Sie hatte eine Distelspiße in einen Finger bekommen und sie durch eine Nadel zu entfernen versucht. Die Folge war Blutvergiftung, an der die Unglückliche jetzt im Krankenhaus zu Bad Harzburg gestorben ist. Eigenartigerweise hat auch ihr Vater seinerzeit durch Blutvergiftung den Tod gefunden.

Hildesheim. Schadenfeuer in Großerherde. Die Scheune des Landwirts Tölke in Großerherde wurde durch ein Schadenfeuer eingeäschert. Das Feuer ergriff sofort das ganze Gebäude, so daß den Wehren der Umgegend nur übrig blieb, für die Sicherheit der umliegenden Häuser zu sorgen. Den Flammen ist die Ernte von ca. 35 Morgen zu Opfer gefallen. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Braunschweig. Ueber 600 000 RM. Ersparungen in Braunschweig. Nach einer Mitteilung des Pressedezernenten Stadtrats Dr. Strube sind in Braunschweig infolge der Gehalts- und Lohnkürzungen seit dem 1. Februar bisher 635 000 RM. eingespart worden. Nach einem neuen Haushaltsvoranschlag sollen weitere 135 000 Reichsmark auf gleiche Weise eingespart werden. Diese Einsparungen sind möglich durch eine neue Gehaltskürzungsnotverordnung, die vom braunschweigischen Staatsministerium zurzeit bearbeitet und in den nächsten Tagen herausgegeben wird.

Braunschweig. Ein Auto in Flammen. Ein von einer Dame gesteuerter Personkraftwagen aus Hannover geriet in Delfer in Brand. Die Lenkerin des Wagens hatte von dem Brande nichts gemerkt und mußte erst von einem Passanten auf die Gefahr aufmerksam gemacht werden. Der Dame gelang es, sich in Sicherheit zu bringen. Die hiesige Feuerwehr löschte den Brand, jedoch ist der Kraftwagen völlig ausgebrannt.

Alfeld. Die Verfehlungen bei der Krankenkasse. Die Untersuchung wegen der Verfehlungen bei der hiesigen Krankenkasse, über die vor einiger Zeit berichtet wurde, haben zu einer weiteren Festnahme geführt. In Untersuchungshaft genommen wurde der Vorsitzende der Landkrankenkasse, Gemeindevorsteher Kaufmann aus Werna, der außerdem von seinen Aemtern suspendiert wurde.

Die Schaufenster von 20 Berliner Zeitungsfaktoren eingeworfen. In der Nacht zum Dienstag wurden in verschiedenen Bezirken Berlins von vermutlich kommunistischen Tätern, die Schaufenster von zwanzig Zeitungsfaktoren eingeworfen. Man fand in den zerbrochenen Schaufensterläden Steine, die in Flugzetteln eingewickelt waren. In den Flugzetteln wurde gegen das Verbot der Roten Fahne protestiert. Einer der Täter konnte festgenommen werden.

Schaufenstersturm auf Zeitungsfaktoren auch in Duisburg. In Duisburg wurden von unbekannten Tätern an vier Zeitungsgeschäften die Schaufensterheben teils mit Steinen, teils mit einem Hammer eingeschlagen. Die Wurfgeschosse waren in Papier eingewickelt, auf dem ein Protest gegen das Verbot der kommunistischen Zeitungen enthalten war.

Ein englischer Fischdampfer in Seenot angetroffen und eingeschleppt. Der Fischdampfer „Arthur-Friedrich“ von der Leerer Heringsfischerei in Leer fand den englischen Fischdampfer „Endely“ etwa 30 Seemeilen westnordwestlich von Borkum in Seenot treibend auf, nahm ihn ins Schlepp und brachte ihn nach Emden, wo er im Außenhafen festgemacht wurde. Dem englischen Fischdampfer war während des letzten Sturmes das Heck in die Schiffschraube gekommen, so daß der Dampfer viele Stunden hilflos umhertreiben mußte.

Baron Jörn von Bulach tödlich verunglückt. Baron Jörn von Bulach, der Sohn des ehemaligen elsässischen Statthalters, erlitt in der Nähe von Herrnsheim einen tödlichen Automobilunfall. Er befand sich mit seiner Frau auf der Heimreise, als sein Wagen von einem schweren Lastwagen angefahren wurde und sich überschlug. Während Jörn von Bulach, der am Steuer saß, auf der Stelle getötet wurde, erlitt seine Frau nur geringfügige Verletzungen.

900 Hühner verbrannt. In dem im Kreise Greifenberg (Pommern) gelegenen Bauerndorfe Glangsee brach in einer neuerbauten Geflügelstall Feuer aus. Vier Bauerne gehörte mit insgesamt zwölf Gebäuden wurden vernichtet. 900 Hühner sowie die gesamte Ernte wurden ein Raub der Flammen.

Zwei Tote bei einem Segelbootunglück. In der Strander Bucht kam ein Segelboot aus Friedrichsort 150 Meter vom Ufer entfernt in eine Böe und kenterte. Der Besitzer des Bootes und ein zehnähriger Junge ertranken, während es dem dritten Insassen, einem anderen Knaben, gelang, durch Schwimmen das Land zu erreichen.

Der Tote im Sattel. Bei Kanalarisationsarbeiten in der Nähe von Saulny für Moselle wurde die Leiche eines deutschen Kavalleristen ausgegraben. Der Tote, der noch im Sattel saß, hatte ein goldenes Zwanzigmarkstück und ein Messer bei sich. Aus der Erkennungsmarke geht hervor, daß es sich um einen württembergischen Ulan Groß, der 1914 gefallen ist, handelt.

Eine Segeljacht gesunken. An der Küste von Lancashire ist die Segeljacht „Lady Ann“ gesunken. Man befürchtet, daß die vier Insassen, die mit der Jacht eine Vergnügungsfahrt unternommen hatten, ertrunken sind.

Starker Rückgang der Einwanderung in den Vereinigten Staaten. Aus New York wird berichtet: Einen weiteren sehr starken Rückgang in der Einwanderung weisen die soeben vom Einwanderungsamt veröffentlichten Ziffern für den Monat August aus. Danach wurden in jenem Monat nur 4090 Einwanderer zugelassen. Im August vorigen Jahres waren 14 916 Einwanderer zugelassen worden.

Börse und Handel

Ämtliche Berliner Notierungen vom 10. Oktober.

* Devisenbörse. Dollar 4,20-4,21; engl. Pfund 16,25 bis 16,29; holl. Gulden 170,08-170,42; Danz. 82,07-82,23; franz. Franc 16,68-16,72; schweiz. 82,52-82,68; Belg. 59,04-59,16; Italien 21,68-21,72; schwed. Krone 96,90-97,10; dän. 93,16 bis 93,34; norweg. 93,16-93,34; tschech. 12,47-12,49; österr. Schilling 51,95-52,05; Argentinien 0,873-0,877; Spanien 37,86-37,94.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 11. Oktober.

Einschneidende Beschränkung des österreichischen Postverkehrs mit dem Auslande.

Wien. Nachdem vor einiger Zeit bereits der Postanwärtungsverkehr mit dem Auslande eingestellt worden ist, wird nunmehr auch der Briefnachnahmeverkehr, der Verkehr mit Einschreibsendungen, Werbriefen und Wertpaketen sowie der Postauftragsverkehr mit dem Auslande bis auf weiteres eingestellt.

Fünf Personen bei einem Flugzeugabsturz getötet.

London. In Mexiko-Stadt wurden bei einem Flugzeugabsturz fünf Personen getötet.

China schickt ein Ultimatum an Japan.

Genf. Die chinesische Regierung hat eine in ultimativer Form abgefaßte Note an Japan abgefaßt, in der die japanische Regierung um die Mitteilung der Maßnahmen zur Räumung der besetzten mandschurischen Gebiete ersucht wird.

Kein Abbruch der japanischen Operation in der Mandschurei.

Tokio. An einer Beratung des japanischen Kabinetts im Zusammenhang mit Genf nahmen auch die Chefs des japanischen Generalstabes und des Admiralstabes teil. Der japanische Kriegsminister erläuterte über die Lage in der Mandschurei Bericht und erklärte, die militärischen Operationen könnten in diesem Augenblick unter keinen Umständen abgebrochen werden.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher, wohlthuernder Teilnahme beim Heimgehe unserer lieben Entschlafenen, die Mithilfe bei dem Unglücksfall, das zahlreiche Grabgeleit, die vielen Kranzspenden, sowie Herrn Pfarrer Schmalenbach für die trostreichen Worte im Hause und am Grabe, sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Geschwister Schriever und Kaiser.

Schalksmühle, 10. Oktober 1931.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgehe unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen unseren innigsten Dank.

Familie Carl Hülsmann.

Magdeheide b. Halver, d. 12. Okt. 31.

Bekanntmachung.

An die Zahlung der fällig gewordenen Kirchensteuern (1/2 des im Kirchensteuerbescheid für 1931 festgesetzten Jahresbetrages) wird erinnert. Am 19. Okt. beginnt zwangsweise, mit Kosten verbundene Einziehung der Rückstände.

Lüdenscheid, den 10. Oktober 1931.

Kirchensteuerkasse des Finanzamts.

Amt Lüdenscheid.

Kartoffellieferung.

Die Landwirte der Gemeinden Lüdenscheid Land und Hülsfeld werden gebeten, bis spätestens Dienstag, den 13. Okt. d. J. der Amtsverwaltung (Amtshaus Zimmer 15) anzugeben, wieviel Kartoffeln sie außer der gespendeten Kartoffelmenge d. Amt gegen Bezahlung überlassen können.



In der Welt habt ihr Angst,
Aber seid getrost,
Ich habe die Welt überwunden.
Joh. 16,33.

In dem Herrn entschlief heute morgen 2,40 Uhr nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere liebe Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Erna Stute

geb. Winter

im 25. Lebensalter.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Ernst Stute.

Familie Wilh. Winter.

Eicken u. Höferhof b. Kierspe,
den 10. Oktober 1931.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 13. Okt., nachm. 3.30 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Kierspe Band 10 Blatt Nr. 143 eingetragenen nachstehend beschriebenen Grundstücke am 24. 11. 1931, 10,15 Uhr an der Gerichtsstelle, Gerichtsstr. Nr. 14 Zimmer Nr. 8 versteigert werden.

Gemarkung Kierspe, Hofraum mit Anbau, Hüttebruch, Nr. 677 nebst Holzung i. Sa. groß 4,58 ar u. 855. — RM. Geb.-Steuer-Ruß-Wert.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. Oktober 1931 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Landwirt Karl Hüfer zu Ikenburg eingetragen.

Meinerzhagen, den 2. Oktober 1931.

Das Amtsgericht.

Weihnachten

steht vor der Tür
bestellen Sie Ihre

Wollfächer

schon jetzt bei:

Gust. Vorlinghaus

Kierspe-Bahnhof,
Wildenkuhlen.

Wegen Aufgabe meiner
Geflügelställe habe ich

**70-80 jährige
Hennen**

schw. raffige Pechhorn

für a Stück RM. 2.50

abzugeben.

Fritz Berghaus,

Hinterwirth, B. Kreuzberg.

Achenbach- Garagen

ab Lager

Wellblech- u. Stahl- u.

Betonbauten jed. Art.

Angebote u. Prospekte

kostenlos

Gebr. Achenbach

G. m. b. H.

Eisen- u. Wellblechwerke

Weidenau/Sieg

Postfach Nr. 380

Vertr.:
M. Krügeloh, Lüdenscheid

Friesenstr. 20, Tel. 3896.

Feinster Medizinal-

Lebertran

vorzüglichste

Lebertran-Emulsion

für schwächl. u. skrof-

lische Kinder empfiehlt:

Drogerie

E. B. A. Loh,

Kierspe-Bahnhof.

Auf 572 Meinerzhagen.

**Holz-
Metall-
Betten**

Stahlmatr. Kinder Schlaf-

zimm., Chaiselong, a. Priv.

Ratenz. Katalog 1914 frei,

Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür).

Westdeutscher Rundfunk.

Dienstag, den 13. Oktober.

6,45-7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.

7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.

7,05-8,00 Morgensonnt.

8,00 Wiederholung der Wettervorhersage und

Zeitangabe, Wasserstandsmeldungen.

10,15-11,00 Schallplattenkonzert (Kristallplat-

ten).

11,00-11,15 Funkenwerbung mit Schallplatten.

11,20-12,00 Schulfunk für Schüler aller

Schulen vom 12. Lebensjahre an. Dr.

Alfons Baquet: Der Soldat — Eine

kulturbildliche Schau.

12,10 Schallplattenkonzert (Homocordplatten).

12,50 Wetterbericht.

12,55 Rauener Zeitzeichen, Mittagmeldungen

und Zeitangabe.

13,05-14,30 Mittagskonzert, Leitung: Wolf.

15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.

15,50-16,20 Kinderstunde: Els Bordenberge:

Lustiges Allerlei.

16,20-16,30 Mitteilungen aus dem Schulfunk.

16,30-17,00 Aus dem Leben der höheren

Schule. Oberstudienrat Dr. Kirchner:

Glaube und Erkenntnis (Die philosophi-

sche Vertiefung im evangelischen

Religionsunterricht).

17,00-18,00 Vesperkonzert des Orchesters des

Westdeutschen Rundfunks.

18,00-18,20 Für den Landwirt. Maria Müller:

Arbeitsersparnis im Landhaushalt.

18,20-18,40 Carlheinz Hiltecamp: Erste Reize

(Erzählung).

18,40-19,00 Französische Unterhaltung. Lektor

Le Bourgeois — Lektor Moque.

19,00-19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirt-

schaftsmeldungen und Sportbericht.

19,15-19,25 Zehn Minuten Funkennachrichten.

19,30-19,55 Verfassung und Verwaltung. Ober-

bürgermeister Finke: Notverordnung

und Gemeinben.

19,55 Erste Abendmeldungen.

20,00 Abendmusik. Das kleine Orchester des

Westdeutschen Rundfunks, Leitung:

Chföldt.

21,00 Zauberische Stunde.

Zeitgenössische Dichtung mit verbün-

dender Musik. Gedichte von Friedrich

Schnack, Alfred Nombert und Hugo von

Hofmannsthal.

22,00 Letzte Meldungen, Bericht über das

geistige Leben, Sportbericht.

Funkenstille.